



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/23 - 28.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Der 29. Januar in der Paulskirche	S. 1
Prag und Bonn	S. 3
Deutsche Jugendnot und Fremdenlegion	S. 5

## Rettet Deutschland jetzt!

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Die Frage der Pariser Verträge ist die Frage nach Deutschland.  
Die Frage nach Deutschland ist die Frage nach dem Frieden.

Diese Einsicht bricht sich wie ein Naturereignis Bahn. Sie ist ein Ereignis der Herzen, ein Aufstand des Gewissens, die Sehnsucht...

Kein Ort kann sinnvoller und feierlicher sein als die Frankfurter Paulskirche, um diese Stimme des Gewissens zu Wort kommen zu lassen. Es geht dort nicht um eine Partei, nicht um eine Demonstration, nicht um Rausch und Lärm einer schnell vergessenen Massenversammlung, nein, Einzelne werden für viele zu allen sprechen, zu jedem Deutschen und vor der gesamten Welt, - Einzelne, die etwas zu sagen haben, Menschen aus allen geistigen, politischen und beruflichen Kreisen, die sich in dieser Stunde zu einem gemeinsamen Aufruf verpflichtet wissen: Jetzt ist es Zeit zu bekennen, dass die friedliche Einheit des deutschen Volkes in Freiheit etwas anderes ist als ein traumhaftes "oberstes Ziel" zur Beschwichtigung der Gemüter, - sie ist die vorranglichste, ja die jetzt zu meisternde Gegenwartsaufgabe unserer Geschichte.

Zu lange schon hat man sich im Auslande an den Irrtum gewöhnt, die Deutschen würden sich mit ihrer Teilung abfinden, sie rührten sich ja selber nicht. So begnügte man sich mit Plänen für die Wieder

bewaffnung von Restwestdeutschland; ohne sich auf einen Plan zu einigen, wie die deutsche Frage durch unsere Wiedervereinigung gelöst werden könne; Schon mehren sich die immer lauter werdenden Stimmen, dass die Wiedervereinigung "irreal" sei, dass sich der Westen bei dem Fortbestehen der Teilung sicherer fühle, dass man in den nächsten Jahren darüber keine Träne vergießen werde, dass man hierfür noch keinen Plan besitze, weil der Terminkalender eben zuerst die Wiederbewaffnung vorsehe,

An uns ist es darum, jetzt zu sagen: Niemals werden wir uns mit der Teilung des deutschen Volkes und Staates abfinden. Denn es ist unmöglich, auf der trügerischen Grundlage dieser Teilung Deutschlands den Frieden zu finden. Es gibt keine Sicherheit allein für Westdeutschland. Wird jetzt versäumt, durch Verhandlungen als der einzigen Möglichkeit endlich eine ernsthafte und ehrliche Anstrengung zu machen, zu einem geeigneten und freien Deutschland auf friedlichem Wege zu kommen, so fällt mehr als die Entscheidung über einige deutsche Divisionen, so fällt die Entscheidung, ob Deutschland zur menschlichen Stätte friedlicher Arbeit wird oder zum Schlachtfeld.

Weil wir uns mit der westlichen Welt unlösbar verbunden wissen, sind wir überzeugt, dass der Freiheit, der Sicherheit und dem Frieden der westlichen Welt kein größerer Dienst erwiesen werden kann als die deutsche Wiedervereinigung. Ohne sie wird es keine Hoffnung auf das lebensnotwendige Halt geben, das dem Atomwetterüsten in Ost und West geboten werden muß.

Wir mißtrauen der Sowjetunion nicht weniger als andere. Weil wir ihr mißtrauen, schlagen wir ihre Drohungen nicht in den Wind. Wer würde uns vor dem Sturm schützen? Jetzt ist es darum das Gebot der Stunde, die Sowjetunion beim Wort zu nehmen. Wenn der Kanzler die sowjetischen Angebote "nicht tragisch" nimmt, so sehen wir die Tragik des Kanzlers in dieser Blindheit, die ihn das Ungeheuerliche der Gefahr verkennen lässt.

Der Sinn des 29. Januar in der Paulskirche ist es, unser Ja zur Einheit eines freien Deutschland zu sprechen durch ein unüberhörbares und unwiderstehliches Bekenntnis, dass wir von uns und von der Welt

für das redliche und notwendige Bemühen um diese Einheit den V o r r a n g fordern vor dem Abenteuer einer westdeutschen Wiedertewaffnung: Unsere Gewissensnot zwingt uns, keinen Herzechlag lang müde zu werden, mit allen friedlichen und rechtlichen Mitteln um die Einheit unseres Volkes zu ringen, heute, morgen und Tag für Tag. Denn in der Frage der deutschen Wiedervereinigung gibt es keinen letzten Versuch, sondern nur einen schließlichen Erfolg.

Mit dieser Forderung stehen wir mitten im Volk. Über alle Parteigrenzen hinweg wächst seine Sorge, schlagen die Gewissen und wollen Ausdruck gewinnen. Ein jeder fragt sich: wann? Und wir antworten in der Paulskirche: J e t z t ! Rettet Deutschland j e t z t !

\* \* \*

#### Prag macht wieder Außenpolitik

Von Wenzel Jaksch, M.d.B.

Die Erklärung des Prager Außenministers Vaclav David vor dem außenpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung, dass die Tschechoslowakei "eine Besserung der Beziehungen zu westdeutschland für möglich halte und sie dringend erhoffe", verdient aus einigen Gründen Beachtung. Bis zum 20. Januar 1955 stand nämlich die tschechische Außenpolitik keineswegs im Zeichen der minimalsten "Entspannung". Sie bot vielmehr das Schauspiel einer Verkrampfung in den Schlagworten und Vorstellungen der Nachkriegszeit.

Auch die Dezember-Tagung der "Nationalen Front" und die Reden bei der Neukonstituierung des Parlaments standen noch ganz im Zeichen einer totalen Negation der Bundesrepublik. Aus meiner Neugierde las ich mir damals die Ausführungen des Außenministers David durch und gewann den Eindruck, dass die Regierung Schiroky ihre Haltung in außenpolitischen Fragen auf die Fiktion begründet, als ob die Potsdamer Koalition zwischen Russen und Angelsachsen völlig intakt sei. Damals triumphierte noch die These von der Kollektivschuld, das deutsche Volk schien auf unabsehbare Zeit geächtet und Dr. Benesch handelte nach der Überzeugung, dass Deutschland in der internationalen Politik für mindestens ein Menschenalter ausgeschaltet

sein werde. Aus dieser Betrachtungsweise heraus wuchsen an der Böhmerwaldgrenze die Wachtürme und die Drahtverhaue nach den Vorbildern östlicher Militärgrenzen.

#### Prag muss nachholen

Die russische Politik hat schon seit einiger Zeit erkannt, dass sich die europäische Lage seit 1945 geändert hat und Prag muß nun diese Entwicklung irgendwie nachholen. Es ist vieles nachzuholen. Darum werden in letzter Zeit nicht nur freundliche Grüße nach Westdeutschland geschickt, sondern auch fleißig Delegationen aus Mitteldeutschland empfangen. Man findet z.B. in der Presse Bilder, wie in Pilsen Jungarbeiterinnen aus der CSR und der DDR Schwesternküsse tauschen - zu schön fast, um wahr zu sein.

Man muss es daher aussprechen, dass die Beziehungen zwischen Bonn und Prag zunächst mit einer schrecklichen Hypothek belastet sind, nämlich mit der bisherigen gnadenlosen Behandlung deutscher Gefangener in der CSR. Es genügt zu sagen, dass Sowjetrußland, Ungarn und Polen in dieser Frage menschlicher vorgegangen sind. Von einer Amnestie für deutsche Zivilgefangene in der Tschechoslowakei war bisher keine Rede. Nicht einmal alle jene, die das von den Volksgerichten verhängte Strafmaß verbüßt haben, durften zu ihren Familien in Deutschland ziehen. Die Ausstellung von Auslandspässen für solche Fälle war lange Zeit mit zehn Stück im Monat kontingentiert. Auf Grund westallierter Vorstellungen ist dieses Kontingent kürzlich auf 40 Auslandspässe im Monat erhöht worden. Kontingentierete Menschlichkeit!

#### Familien willkürlich getrennt

Hinzu kommt das ganze menschliche Elend der Familienzerreißung zwischen Deutschen, die ausgewiesen wurden und jenen, die zurückbleiben mußten. Mütter und Söhne, Großeltern und Enkelkinder haben einander in Tausenden solcher Fälle ein volles Jahrzehnt nicht mehr sehen dürfen. Nicht einmal am Schlagbaum können sie sich zuwinkern, auch wenn sie diesseits und jenseits der Grenze in Rufweite wohnen. Polen hat erst unlängst einen wesentlichen Schritt zur Wiederherstellung verletzter Menschenrechte getan, indem es zehntausende Deutsche freigab, die nach Deutschland zu ihren Verwandten und Angehörigen wollen.

28.1.1955

Wie bleibt ein ähnlicher Kontakt zwischen den Roto-Kreuzverbänden der CSR und der Bundesrepublik?

Schweigen nicht mehr angebracht

Über manche bittere Sorge dieser Art wurde bisher geschwiegen, weil die Verantwortlichen die Lage Wehrloser nicht verschlechtern wollten. Auch der Bundestag hat dazu geschwiegen, obwohl es auf solchen Gebieten Stoff für Debatten gäbe, die selbst eine abgestumpfte Welt aufhorchen liessen. Nicht einmal die Vertreter der Heimatvertriebenen sind jedoch daran interessiert, ein Feuer zu schüren, das im Verglimmen ist. Bei allem Streben nach Mäßigung und gerade aus dem Wunsch nach internationaler Entspannung heraus muß aber gesagt werden, dass die Behandlung deutscher Menschen in Böhmen und Mähren nicht auf die Dauer von den Rachegeistern des Jahres 1945 diktiert werden kann. Die CSR kann nicht gleichzeitig ein Monopol der Unmenschlichkeit unter den Ostblockstaaten beanspruchen und ein neues Verhältnis zum deutschen Volke suchen.

\* \* \*

Bilanz 1954: 30.000 gingen zur Legion

F.B. Der dornenreiche Weg vom Petersberger Abkommen bis zu den Pariser Verträgen, der immer den Wegweiser zur "Souveränität" zeigte, hat an einem nichts geändert: nach wie vor sind Kopfhänger für die französische Fremdenlegion an Werke und ziehen Tausende von deutschen Jungen in die Netze dieser Organisation und damit auch - in den Tod. Die Bundesregierung hat diesem Treiben politisch bisher mehr oder weniger tatenlos zugesehen, während die deutsche Presse, zahlreiche Jugendorganisationen und kirchliche Einrichtungen Tag um Tag Anstrengungen unternehmen, um die Jugendlichen vor diesem verhängnisvollen Schritt zu bewahren.

Haben diese Bemühungen bisher einen durchschlagenden Erfolg gehabt? Wenn man ehrlich sein will, dann muss man diese Frage mit einem glatten Nein beantworten. Allein 30.000 Jugendliche dürften 1954 nach fundierten Schätzungen in die Legion gegangen sein.

Was aber tun? Der Bundestagsausschuss für Jugendfragen hat in diesen Tagen versucht, einer Lösung näherzukommen. Seine Vorschläge sprechen nicht gerade für die Bundesregierung, aber sie zeigen den Weg, der den Werbemännern tatsächlich das Handwerk legen könnte.

Übereinstimmend hat man nämlich festgestellt, dass alle Aktionen gegen die Fremdenlegion, die sich auf eine weitgehende Publizität stützen, zwar einen politischen Erfolg haben können, nämlich der, dass die Weltöffentlichkeit auf diese Kulturschande aufmerksam gemacht wird und die Bundesregierung aus ihrer Lethargie in dieser Frage wenigstens aufgerüttelt wird. Die Kehrseite der Medaille aber ist, dass damit die Legion auch ihrerseits Publizität erhält und manche Jugendliche, der von ihrer Existenz keine Ahnung hatte, auf die Legion hingewiesen wurde.

Will man Erfolg haben, dann muß man - dieser Gedanke lag auch den Aktionen der Jungsozialisten zugrunde - das Übel an der Wurzel anpacken, und diese Wurzel liegt in den sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik.

Einwandfreie Statistiken von Jugendlichen, die noch in letzter Minute aus den Armen der Legion zurückgerissen werden konnten, haben nämlich ergeben, dass sich die Fremdenlegionbewerber fast immer aus sozial nicht gefestigten Familien rekrutieren, Ostzonen-Jugendliche, berufslose Jugendliche oder junge Menschen aus gefährdeten Halbfamilien sind. Diese Statistiken zeigen, wo der Hebel anzusetzen ist. Alle Aufklärungsarbeit wird nämlich nichts nützen, wenn es im Rahmen des "deutschen Wirtschaftswunders" nicht möglich ist, die Berufsnot dieser Jugend zu beseitigen und die sozialen Verhältnisse zu bessern.

Die zweite Aufgabe liegt auf politischem Gebiet. So erstaunlich es klingt, aber es ist bisher nicht gelungen, auch nur einen einzigen berufsmäßigen Werber für die Fremdenlegion in der Bundesrepublik dingfest zu machen. Es waren immer nebenberufliche Amateure. Die größte Gefahrenquelle liegt vielmehr in der französischen Gendarmerie. Es ist doch ein öffentliches Geheimnis, dass in der französischen Zone diese Gendarmerie die Menschenjagd mit Eifer betreibt, weil

28.1.1955

der für einen französischen Gendarmen gegebene Vorzug, in Deutschland bleiben zu dürfen, auch mit einer erfolgreichen Tätigkeit auf diesem Gebiet gekoppelt ist. Ganz abgesehen von den finanziellen Vergünstigungen, die dann auch gewährt werden.

Diese Lage zwingt zu zwei Konsequenzen:

1. Neben der stillen Aufklärungsarbeit muß vor allem in den Notstandsgebieten, aber auch in den Zentren der Sowjetzonen-Jugendlager alles getan werden, um die soziale Lage dieser Jugendlichen zu bessern.
2. Muß die Bundesregierung dafür sorgen, dass im Zeichen der "Souveränität" diese illegale Tätigkeit französischer Besatzungsorgane beendet wird.

Der Bundestagsausschuss für Jugendfragen hat diese Konsequenzen einmütig bejaht. Es ist anzunehmen, dass das Plenum des Bundestages ihm folgen wird. Das entscheidende Wort aber dürfte dann die Bundesregierung haben, die leider bisher in dieser Frage recht kläglich versagt hat.

4.500 FDJ'ler im SED-Gefängnis

Aus einem Bericht des FDJ-Zentralrates geht hervor, dass im Verlauf des Jahres 1954 rund 4.500 Funktionäre und Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes vom SED verhaftet wurden. An der Spitze der "Delikte" stehen Sabotage und Wirtschaftsvergehen. Weitere Gründe sind "Boykotthetze gegen die DDR" und politische Abweichungen.

SED-Regierung verschiebt Hilfssendungen

Waren, die von der US-Regierung als Spende für die Hochwasserge-schädigten in der Sowjetzone geliefert worden sind, wurden von der SED-Regierung unterschlagen. In den Läden der staatlichen Handelsorganisation (HO) tauchen in steigendem Maß Fleischhüchsen aus dieser Spende auf, die für 4,30 DM Ost pro Einheit von 350 gr abgegeben werden.